

CDU fordert Stärkung der Bezirke



Der Spandauer Bezirksbürgermeister Konrad Birkholz auf einer Veranstaltung in Steglitz-Zehlendorf

Während der rot-rote Senat den Kurs einer sogenannten „Rezentralisierung“ eingeschlagen hat, setzt die Berliner CDU auf eine Stärkung der effektiven und dezentralen Strukturen vor Ort. Die CDU Fraktion im Abgeordnetenhaus hat deshalb einen Antrag zur künftigen Stellung der Bezirke ins Parlament eingebracht. Danach soll sich der Senat zur gesetzlich festgelegten Rolle der Bezirke bekennen und seine Entscheidungen grundsätzlich an der Zuständigkeitsvermutung zu Gunsten der Bezirke ausrichten. Die Rolle der Hauptverwaltung sollte sich dagegen wie in anderen Landesministerien grundsätzlich auf die Planungs-, Steuerungs- und Kontrollfunktionen beschränken.

Zur Steuerung der Bezirke und aller nachgeordneten Behörden muss endlich ein professionelles Querschnittscontrolling eingerichtet werden, das sowohl die fachlichen Anforderungen als

auch die haushaltsmäßigen Aspekte umfasst. Das von den Bezirken erfolgreich erprobte betriebswirtschaftliche Steuersystem muss vollständig in allen Haupt- und Bezirksverwaltungen eingeführt werden. Dort, wo die Bezirke Finanzverantwortung haben, müssen sie auch maßgeblichen Einfluss auf die fachlichen Entscheidungen erhalten.

www.berlin-vor-ort.de

Der Verwaltungsexperte der CDU Fraktion, Matthias Wambach: „Berlin ist die Hauptstadt einer föderalen Republik. Deshalb muss die Hauptstadt in sich den Staatsaufbau des Landes widerspiegeln – so wie alle anderen Bundesländer, Städte, Kreise und Gemeinden auch. Insofern verkörpert die Hauptstadt eines Landes nach innen und außen das staatliche Selbstverständnis einer Nation. Wir stehen aus gutem Grund nicht in der Tradition eines unverbrüchlichen Zentralis-

mus, wie Franzosen oder Briten. Auch in Fragen der Machtverteilung haben wir konsequent funktionierende Mechanismen innerstaatlicher Balance und personaler Kompetenzaufteilung installiert.“

Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin stellt sich dieser Thematik und fordert den Senat auf, in Berlin Strukturen zu schaffen, die der demokratischen föderalen Struktur unseres Landes ebenso Rechnung trägt, wie den Anforderungen an die Fiskalpolitik. Dies betrifft Perspektiven im Hinblick auf die organisatorische Stellung der Bezirke, ihre Stellung im Finanzsystem und neue Formen der Bürgerbeteiligung. Ziel ist ein schlüssiges Konzept für eine verantwortliche Berliner Bürgergesellschaft. Die Berliner CDU wird dabei konsequent auf das Prinzip der Subsidiarität und den Grundsatz der demokratischen Partizipation achten.

Flugblatt der CDU-Fraktion



Wissenschaft fördern

Universitäten sind Zukunftsinvestitionen

Der rot-rote Senat verspielt Berlins Chancen. Die enormen Einsparsummen, die die Universitäten treffen sollen, sind der Sargnagel an der Zukunft nicht nur für tausende Studierende, sondern auch für den Standort Berlin als Wissenschafts- und Wirtschaftsmetropole.

SPD und PDS haben bislang nicht verstanden, dass eine vernünftige Konsolidierungspolitik nicht aus un kreativem Sparen nach der Rasenmähermethode, sondern vor allem aus Investitionen in Zukunftsfelder besteht.

Die Politik des Senats ist hochschulfeindlich und deshalb zukunftsfeindlich!

Es fehlt dem Senat an einem ganzheitlichen Konzept und an Ideen, wo unsere Stadt im Jahr 2020 stehen soll. Die außerordentlichen Einsparungen und Sonderopfer ausgerechnet im Bildungs- und Wissenschaftsbereich sind eine groteske Umkehrung einer Perspektive für Berlin.

Berlin finanziert bei annähernd 125.000 Studierenden nur noch 85.000 Studienplätze. Ein weiteres Absenken ist nicht ohne tiefgreifende Schäden für Berlin machbar. Außerdem würde die Hauptstadt damit weit unter den bundesweiten Durchschnitt fallen. Die neuerlichen Sparvorgaben des Senats gefährden etliche Fachbereiche existenziell. Schon heute müssen 3 von 4 Studienbewerbern von den Berliner Unis abgewiesen werden. Hunderte Professorenstellen werden nicht wieder besetzt. Wir werden einen Exodus an Qualität in der Lehre an unseren Hochschulen und an Exzellenz in Berlin erleben.

Die CDU-Fraktion unterstützt den Protest
gegen die hochschulfeindliche Politik des Senats!

Berlin braucht eine hochschulfreundliche Politik und ein breites,
qualitativ hochwertiges Wissenschafts- und Forschungsangebot.


Nicolas Zimmer
CDU-Fraktionsvorsitzender


Monika Brütters
Hochschulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

CDU CHARLOTTENBURG- WILMERSDORF

Schmitt nominiert

Der Kreisvorstand der CDU Charlottenburg-Wilmersdorf hat auf seiner letzten Sitzung seinen Vorsitzenden Ingo Schmitt einstimmig für eine erneute Kandidatur als Spitzenkandidat bei der Europawahl nominiert. Der stellvertretende Kreisvorsitzende Peter Kurth erklärte hierzu, „es sei im nachhaltigen Interesse der Berliner CDU, Ingo Schmitt wieder als Spitzenkandidat bei der Europawahl ins Rennen zu schicken, denn für Berlin gäbe es keine bessere Konstellation als jemanden

ins Europäische Parlament zu wählen, der einerseits aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Mitglied des Abgeordnetenhauses und Staatssekretär die Landespolitik aus dem ff kenne und andererseits auf der europäischen Ebene nach kürzester Einarbeitungszeit in seinen Schwerpunktbereichen Verkehr und Inneres alles geschätzte Arbeit leiste. Mit Ingo Schmitt als Berliner Spitzenkandidat haben wir die Chance, an alte Wahlerfolge der Berliner CDU anzuknüpfen“. (eg)

CDU UND WIRTSCHAFT EINIG

Tempelhof offen halten

Die CDU-Fraktion, IHK und der Verein der Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) sind sich einig: Der Flughafen Tempelhof darf nicht Ende 2004, wie vom rot-roten Senat betrieben, geschlossen werden. Auch schon ohne die anstehende EU-Osterweiterung seien die Prognosen eindeutig. Die Berliner Flugkapazitäten reichen ohne Tempelhof nicht aus. Das Argument des Senats, durch die Schließung ließen sich 13 Millionen Euro Defizit einsparen, weisen der CDU-Ver-

kehrsexperte Kaczmarek und IHK sowie VBKI zurück. Kaczmarek: „Die Kosten entstehen zu rund 80 Prozent durch die Gebäude, diese Kosten bleiben auch nach der Schließung.“ Tempelhof könne aber, so die einhellige Meinung, wirtschaftlich betrieben werden. Die Fluggesellschaft Deutsche BA habe ihr Angebot zur Übernahme des Flughafens gerade erst erneuert. Kaczmarek: „Die Ablehnung durch den Senat ist dogmatisch, völlig unverständlich und verprellt potentielle Investoren.“ (dr)